

Ausbau statt Abbau: Gemeinsam für einen starken Sozialstaat!

*Dortmunder Resolution anlässlich der Sozialkonferenz der AWO
am 10.-11. Juni 2022*

Ein Krieg in Europa, die Klimakrise, wachsende soziale Ungleichheiten, die Pandemie, gesellschaftliche Konflikte um Vielfalt und Demokratie – die Zeiten sind ungewiss und turbulent.

Trotz Tarifierhöhungen von durchschnittlich 4% im ersten Quartal 2022 in Deutschland, führten die Preissteigerungen von rund 5,8% im gleichen Zeitraum dazu, dass ein Reallohnverlust zu verzeichnen ist.

Die Herausforderungen für ein sozial gerechtes und demokratisches Miteinander in Deutschland und Europa werden Tag täglich sichtbar.

Um diese Herausforderungen zu meistern, braucht es die (Rück-) Besinnung auf den Sozialstaat und nicht dessen Abbau. Die in weiten Teilen politisch Verantwortlicher verbreitete - falsche - Vorstellung von weniger Staat und mehr Markt hat in den letzten gut 30 Jahren zu brisanten Entwicklungen geführt.

Die Folge: Trotz eindringlicher Warnungen und Appelle aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft sind das Vertrauen der Menschen in den Sozialstaat und die Problemlösungskompetenz politisch Verantwortlicher gesunken. Das ist fatal, nicht zuletzt für die Grundlagen unserer repräsentativen Demokratie.

Frieden in Europa, Solidarität mit Geflüchteten!

„Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts“, so Willy Brandt einmal treffend. Die AWO verurteilt den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Er ist ein eklatanter Bruch mit dem Völkerrecht und ein Angriff auf die demokratische Friedensordnung in Europa. Die europäische und transatlantische Geschlossenheit im derzeitigen Handeln für die Ukraine und gegen Russland ist zu begrüßen, darf aber nicht alles sein. Sprich: Es muss mit allen Mitteln versucht werden, dass es zu einem Waffenstillstand kommt, um dann möglichst mit Friedensverhandlungen zu beginnen.

Die AWO zeigt sich weiter solidarisch mit den Geflüchteten aus der Ukraine und unterstützt auf allen Ebenen bei der Versorgung, Unterbringung, Beratung und Integration. Jenseits dessen dürfen wir jedoch nicht all jene Menschen vergessen, die vor anderen Kriegen aus anderen Regionen der Welt zu uns fliehen und gleichermaßen unsere volle Unterstützung und Solidarität benötigen!

Für eine neue Politik des Zusammenhalts

Die AWO fordert eine neue Politik des Zusammenhalts. Als Teil einer vitalen Zivilgesellschaft verstehen wir es als unsere Aufgabe, diese Politik mitzugestalten.

Wir müssen es schaffen, den gesellschaftlichen Dauerkrisenmodus zu verlassen und eine neue Vision für eine sozial gerechte, nachhaltige und friedliche Zukunft zu entwickeln und diese gemeinsam mit demokratischen Kräften zu verwirklichen.

Ohne soziale Gerechtigkeit gibt es keine lebenswerte Zukunft. Das sozialstaatliche Versprechen muss endlich wieder gehalten werden. Was bedeutet das? Es muss unter staatlicher Regie eine konsequente Politik der Verteilungsgerechtigkeit betrieben werden. Dies umso mehr bei einer seit Jahren durchschnittlich viel zu hohen Armutsgefährdungsquote von über 15 Prozent. Und nicht nur das: Der Sozialstaat muss als das anerkannt werden, was er auch ist: Tätigkeitsfeld und Aufstiegssektor für nicht so erfolgreiche Schichten der Bevölkerung.

Wir müssen hin zu einer Gesellschaft, wo diejenigen, die mehr haben, auch mehr beitragen. Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache Schultern. Ebenso müssen wir weg von einer Sparpolitik, die sich mehr mit dem Einhalten der sogenannten „Schwarzen Null“ beschäftigt als mit einem sozial gerecht ausgestalteten Lebensalltag der Menschen

Ein starker Sozialstaat wird den unterschiedlichen Lebensrealitäten der Menschen gerecht. Dies erfordert eine Sozialversicherung, die den Lebensstandard wirksam sichert; dies erfordert eine neue Grundsicherung, die vor Armut schützt und echte Teilhabe ermöglicht; dies erfordert zugleich flächendeckend ausgebaute, vielfältige und gemeinnützige Angebote und soziale Dienstleistungen für alle Menschen.

Ein moderner Sozialstaat ist für die Bürger*innen da und nicht umgekehrt. Wir vertrauen darauf, dass jede*r Expert*in in eigener Sache ist. Bevormundung und Misstrauen etwa durch komplizierte und abschreckende Bürokratie müssen der Vergangenheit angehören.

Gerade jetzt: Klimakrise bekämpfen und sozial-ökologische Transformation umsetzen!

Der Krieg in der Ukraine zeigt uns neben den fatalen ökologischen schonungslos die geostrategischen Gefahren fossiler Abhängigkeiten auf. Eines sollte allen jetzt klar sein: Diese Abhängigkeit muss schnellstmöglich beendet, der Ausbau erneuerbarer Energien umgehend beschleunigt werden. Der Umstieg auf erneuerbare Energien ist nicht für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen notwendig, er ist auch für eine dauerhaft sichergestellte und bezahlbare Energieversorgung unerlässlich.

Grundsätzlich muss dabei eines klar sein: Effektiver Klimaschutz braucht, neben gezielten Marktanreizen, einen effektiven staatlichen Ordnungsrahmen, der bei den Verursacher*innen ansetzt und soziale Ungleichheiten verhindert. Wir machen uns deshalb dafür stark, dass ökologische Maßnahmen eine gerechte Verteilungswirkung aufweisen und vor allem die soziale Lage benachteiligter Menschen stärken. Die Politik ist gefordert, die soziale Dimension beim Klimaschutz systematisch mitzudenken. Neben vielen anderen Maßnahmen muss in einem ersten Schritt eine sozial gerechte Rückverteilung des CO₂-Preises, der kurzfristige Abbau klimaschädlicher Subventionen und Privilegien für Wohlhabende sowie eine sozial gerechte Wohnungs- und Mobilitätswende erfolgen.

Ein Sozialstaat der Zukunft sorgt dafür, dass Menschen bezahlbaren Wohnraum finden und Immobilien eben nicht zu reinen Spekulationsobjekten mit völlig überbeuerten Mieten werden; er sorgt dafür, dass etwa Städte wieder lebenswert gestaltet werden können und eben nicht zu großen Parkplätzen verkommen für jene, die sich ein Auto leisten können.

Preissteigerungen zielgenau und bedarfsgerecht abfedern!

In Folge des Krieges und der pandemiebedingten Mehrbelastungen kommt es in Deutschland zu substantiellen Preissteigerungen, die die soziale Lage weiter zuspitzen. Einkommensarme Haushalte setzt die Preisentwicklung stark unter Druck. Viele Menschen haben keinerlei finanziellen Spielraum und sind in dieser Notlage auf angemessene staatliche Unterstützung angewiesen. Erste Maßnahmen der Bundesregierung im Zuge von Entlastungspaketen waren wichtig. Noch wichtiger sind jedoch für die am stärksten von Armut bedrohten und betroffenen Menschen kontinuierliche, zielgenaue und bedarfsdeckende Hilfen. Diese müssen beschlossen werden. Ebenso muss der Fortschreibungsmechanismus bei existenzsichernden Leistungen reformiert werden, um den realen Kaufkraftverlust der Leistungsberechtigten im Zuge stark steigender Preise auch unterjährig und bedarfsdeckend zu kompensieren.

Mit und nach Corona: Sozialstaat ausbauen, Armut abbauen, Gesundheit schützen!

Die Pandemie ist noch nicht überwunden, Gesundheitsschutz muss weiter Priorität haben! Die AWO warnt ausdrücklich vor den langfristigen gesundheitlichen und sozialen Folgen der Pandemie. Es bedarf mehr Schutz, Unterstützung und gesellschaftliche Solidarität insbesondere mit vulnerablen Gruppen, einen einfachen Zugang zu entsprechenden Leistungen in Stadt und Land sowie einen gut ausgestatteten öffentlichen Gesundheitsdienst.

Generell braucht es stetige Sozial- und Aufholprogramme für all jene Erwachsenen und Kinder, die aufgrund bestehender Armutslagen Tag täglich versuchen, ihren Alltag zu meistern. Wir brauchen Programme, die Familien stützen und unterstützen; Programme, die Bildungsgleichheit tatsächlich befördern und nicht verpuffen; Programme, die jene Menschen stützen und unterstützen, die privat oder beruflich Sorge für andere tragen mussten in der Pandemie.

Ein angemessener Regelsatz

Das diskutierte Bürgergeld muss Hartz-IV überwinden, wirksam vor Armut schützen und Teilhabe sichern. Über die damit verknüpften Reformschritte hinaus müssen unbedingt die Regelsätze für das Arbeitslosengeld II neu bemessen und bedarfsgerecht angehoben werden. Es bedarf zugleich wirksamer Regelinstrumente für die Arbeitsmarktintegration von arbeitslosen Menschen. Leistungsberechtigte dürfen zudem durch Sanktionen nicht weiter unter Druck gesetzt werden. Dies erfordert eine bürgerfreundliche Sozialverwaltung, die nicht nur sanktioniert, sondern durch einzelfallgerechte Maßnahmen Menschen hilft, soziale Notlagen nachhaltig zu überwinden.

Kindergrundsicherung – jetzt!

Die Kindergrundsicherung ist ein Meilenstein im Kampf gegen Kinderarmut. Als Gründungsmitglied des Bündnisses Kindergrundsicherung setzt sich die AWO seit 2009 für die Einführung einer Kindergrundsicherung ein. Die Kindergrundsicherung ist im Koalitionsvertrag der Bundesregierung mit konkreten Eckpunkten verankert worden. Jetzt muss die Umsetzung folgen. Für eine echte Kindergrundsicherung müssen die Leistungshöhe armutsfest ausgestaltet, alle relevanten sozial- und familienpolitischen Leistungen gebündelt und alle Kinder mit einer regelmäßigen, automatischen Auszahlung unbürokratisch erreicht werden.

Applaus ist nicht genug: unverzichtbare Berufe besser anerkennen und bezahlen!

Soziale Arbeit ist unverzichtbar! Diese Bedeutung spiegelt sich derzeit jedoch nicht in der gesellschaftlicher Anerkennung, der finanziellen Entlohnung, den Arbeitsbedingungen oder geschlechtergerecht wider.

Der Fachkräftemangel wird sich durch den steigenden Bedarf nach Pflege- und Betreuungsleistungen weiter verschärfen. Dem muss entschlossen entgegengetreten werden. Die Gleichstellung der sozialen mit den technischen Berufen vor allem

hinsichtlich der Bewertung der Arbeitsleistung und die Aufhebung der sektoralen Segregation des Arbeitsmarktes sind für eine Aufwertungsstrategie unabdingbar.

Familien unterstützen, Betreuungsinfrastruktur ausbauen, Bildung fördern

Kinder sind unsere Zukunft. Sie brauchen gute Kitas, moderne Schulen und förderliche Angebote im Ganzttag, um in ihrer kindlichen Entwicklung angemessen gefördert zu werden. Höhere Investitionen in den Ausbau von Bildung und Betreuung sind unerlässlich, um aktuelle und zukünftige Bedarfe zu decken und für mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung zu sorgen.

Gute Bildung ist die beste Armutsprävention. Dabei müssen sowohl der frühkindliche als auch der schulische Bereich berücksichtigt und flächendeckend Ganztagsangebote geschaffen werden. Bundeseinheitliche hohe Qualitätsstandards sind ebenso unverzichtbar wie eine ambitionierte Strategie zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften. Letztlich kommt auch das unmittelbar den Familien zu Gute.

Eine stärkere Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Familien in den sie betreffenden Fragen muss strukturell abgesichert werden. Die Übernahme von Sorgearbeit – ob privat oder beruflich – bildet die Grundlage gesellschaftlichen Zusammenlebens. Bereits vor der Pandemie trugen Frauen den Löwenanteil familiärer Sorgearbeit – eine Belastung, die noch zugenommen hat. Wir setzen uns ein für eine sozial- und geschlechtergerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit im Lebensverlauf, die es allen Geschlechtern erlaubt, beide Lebensbereiche in ihr zu Leben integrieren. Dafür müssen Phasen der Sorgearbeit finanziell und sozialversicherungsrechtlich für die Vielfalt der Familienkonstellationen abgesichert und durch vielfaltssensible Bildungs- und Betreuungsangebote unterstützt werden. Das fördert in der Konsequenz eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, stärkt ihre Selbstbestimmung und ihre gesellschaftliche Teilhabe.

Gut leben, auch im Alter!

Die Lebenserwartung ist in Deutschland so hoch wie nie. Ältere Menschen sind heute gesund, aktiv und hochengagiert und bilden eine enorme Kraft für die Gesellschaft.

Ihrer Bereitschaft zum Engagement auch einen selbstbestimmten, qualifizierten Rahmen zu bieten, macht sich die AWO zur Aufgabe.

Der demografische Wandel führt zu einem wachsenden Anteil älterer und hochaltriger Menschen, die durch Krankheit und Pflegebedürftigkeit auf Unterstützung angewiesen sind. Auch für sie muss gesellschaftliche Teilhabe, Integration und Selbstbestimmung möglich sein. Unterstützungsbedarfe müssen daher frühzeitig erkannt und niedrigschwellig zur Verfügung stehen.

Einschränkungen durch Krankheit und Pflegebedürftigkeit gilt es vorzubeugen und hinauszuzögern. Prävention und Gesundheitsförderung müssen auch im Alter einen höheren Stellenwert erhalten. Hilfe- und Unterstützungsleistungen sind vor Ort zu planen, zu organisieren und umzusetzen. Dazu bedarf es einer kommunalen Altenhilfeplanung, die eine gesetzliche Basis benötigt und dringend zu beschließen ist.

Zur passgenauen Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen und -hilfen ist eine fundierte und unabhängige Beratung notwendig. Ebenso ist der Zugang zu Leistungen und deren Finanzierung dringend zu entbürokratisieren, d.h. zu vereinfachen.

Für eine aktive Gesellschaft in Vielfalt: Solidarische Zivilgesellschaft ausbauen!

Bürgerschaftliches Engagement und eine vielfältige Zivilgesellschaft sind Immunsystem und Teil der DNA eines demokratischen Sozialstaats. Verbände wie die AWO organisieren Solidarität, damit sich Menschen füreinander und für die Gesellschaft engagieren können. Die AWO schafft Orte der Begegnung und baut Brücken für Angehörige unterschiedlicher sozialer Gruppen in einer Zeit, in der diese sich im Alltag immer seltener begegnen. Eine aktive Zivilgesellschaft muss aber auch verlässlich unterstützt werden und braucht langfristige Förderperspektiven. Eine vitale Zivilgesellschaft ist so stark wie der Staat sie stark sein lässt.

Eines sollte klar sein: Eine permanente ökonomische Durchdringung des Lebensalltags vieler Menschen führt in die Irre. Es gibt Bereiche, die eben nicht „dem Markt“ überlassen werden dürfen. Seien es die Grundlagen alltäglicher Versorgung wie Strom, Gas, Wasser oder das Wohnen. Aber auch bei der gesundheitliche- oder pflegerische Versorgung sowie der Bildung und Erziehung dürfen Renditen nicht das Hauptziel sein.

Die seit Jahren anhaltend gleichbleibende Armutsquote wird durch die Inflation, durch die steigenden Lebenshaltungskosten sowie durch die Folgekosten der Pandemie und der Kosten des Klimaschutzes deutlich erhöht. Ein einmaliges Entlastungspaket auf Antwort darauf ist absolut nicht akzeptabel.

Die AWO lebt ihre Grundwerte Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit! Als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege arbeiten wir, in Ehren- und Hauptamt auf allen Ebenen an einer lebenswerten Zukunft für alle! Wir setzen uns ein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer offenen, pluralen, diversen, für eine demokratische Gesellschaft. Wir kämpfen gegen Rassismus und für den Abbau von diskriminierenden Strukturen auf allen Handlungsebenen. Wir organisieren Zugehörigkeit, fordern Chancengerechtigkeit für Alle auf Bildung, Ausbildung, Beschäftigung und soziale Teilhabe im Einwanderungsland Deutschland. All dies erfordert einen starken und handlungsfähigen Sozialstaat. Er ist die Basis unserer Demokratie. Für seinen Ausbau setzen wir uns ein; seinen Abbau werden wir verhindern. Wir machen weiter!